

---

## S 23 U 67/18

### Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Unfallversicherung
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Gesetzliche Unfallversicherung - Arbeitsunfall - Wegeunfall - ehrenamtliche Tätigkeit - Ehrenamtsträger - konkret-funktionales Amt - Chorsängerin - objektivierte Handlungstendenz - privatrechtliche Organisation - Amateurchor - öffentlich- rechtliche Religionsgemeinschaft - evangelische Kirchengemeinde - Einwilligung - Typusbegriff - Unentgeltlichkeit - Gemeinwohlbelange - immaterielles Kulturerbe - bürgerschaftliches Engagement - freiwilliges Engagement - Kernbereich der Religionsausübung - religionsgemeinschaftliches Selbstbestimmungsrecht
Leitsätze	1. Wer für ein Unternehmen (Adventssingen) einer privatrechtlichen Organisation (Amateurchor) ehrenamtlich (hier: als Sängerin) tätig ist, steht unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung, wenn sich eine öffentlich-rechtliche Religionsgemeinschaft (hier: evangelische Kirchengemeinde) das Unternehmen durch Erteilung einer entsprechenden Einwilligung zu eigen macht und damit einvernehmlich in ihren Aufgabenbereich einbezieht.  2. Zum Gepräge jeder ehrenamtlichen Tätigkeit gehört, dass sie unentgeltlich ausgeübt wird und immateriellen Werten, ideellen Zwecken oder dem Gemeinwohl dient.

---

Normenkette [GG Art 140](#); [WRV Art 137 Abs 3](#); [SGB VII § 2 Abs 1 Nr 10 Buchst b](#); [SGB VII § 8 Abs 2 Nr 1](#)

### 1. Instanz

Aktenzeichen S 23 U 67/18  
Datum 07.11.2019

### 2. Instanz

Aktenzeichen L 6 U 14/20  
Datum 24.09.2020

### 3. Instanz

Datum 08.12.2022

Â

Auf die Revision der KlÃ¤gerin wird der Bescheid der Beigeladenen vom 25.Â Januar 2018 aufgehoben und festgestellt, dass das Ereignis vom 3.Â Dezember 2016 ein Arbeitsunfall ist. Im Ã¼brigen wird die Revision zurÃ¼ckgewiesen.

Die Beigeladene hat der KlÃ¤gerin die auÃgerichtlichen Kosten in allen RechtszÃ¼gen zu erstatten. Im Ã¼brigen sind auÃgerichtliche Kosten nicht zu erstatten.

G r Ã¼ n d e :

I

1

Die Beteiligten streiten darÃ¼ber, ob die KlÃ¤gerin als Chormitglied auf dem Weg zu einem Adventskonzert einen Arbeitsunfall erlitten hat.

2

Die KlÃ¤gerin war Mitglied eines Frauenchores, der am 3.12.2016 in den RÃ¤umlichkeiten einer evangelischen Kirchengemeinde ein Ã¶ffentliches Adventssingen darbieten wollte. Die Absprache fÃ¼r den Auftritt erfolgte zwischen der Vorsitzenden des Amateurchores und dem Pfarrer der Kirchengemeinde, die mit der Raumnutzung einverstanden war und die Veranstaltung im âEâ unter der Rubrik âKirchliche Nachrichtenâ als âWeihnachtskonzertâ ankÃ¼ndigte. Zuwendungen oder AufwandsentschÃ¼digungen fÃ¼r die Chormitglieder waren nicht vorgesehen. Auf dem Weg zu diesem Auftritt verunglÃ¼ckte die KlÃ¤gerin mit ihrem Pkw. WÃ¤hrend sich zwei weitere Chormitglieder als Insassen leicht verletzten, zog sich die KlÃ¤gerinÂ ua eine hypoxische HirnschÃ¼digung zu und leidet seitdem unter einer LÃ¶hmung aller ExtremitÃ¼ten.

---

3

Die Beigeladene verneinte Versicherungsschutz (Bescheid vom 25.1.2018); das Widerspruchsverfahren ruht. Auch die Beklagte lehnte es mangels Versicherungsschutzes ab, den Unfall als Arbeitsunfall anzuerkennen (Bescheid vom 1.3.2018, Widerspruchsbescheid vom 20.6.2018). Das SG hat die Bescheide der Beklagten aufgehoben und festgestellt, dass der Unfall vom 3.12.2016 ein Arbeitsunfall ist (Urteil vom 7.11.2019). Dieses Urteil hat das LSG aufgehoben und die Klage abgewiesen (Urteil vom 24.9.2020): Es gebe keinen Anhaltspunkt, dass die Klägerin ehrenamtlich für eine öffentlich oder privatrechtliche Organisation bzw im Auftrag oder mit ausdrücklicher Einwilligung für eine öffentlich-rechtliche Religionsgemeinschaft tätig gewesen sei. Dem Versicherungsschutz nach der Satzung der Beklagten stehe die im Wesentlichen eigenwirtschaftlich geprägte Handlungstendenz der Klägerin entgegen. Sie habe das Chorsingen aus âFreude am Gesang und der Gemeinschaftâ ausgeübt.

4

Mit ihrer Revision rügt die Klägerin eine Verletzung des [Â 3 Abs 1 Nr 4 SGB VII](#) iVm Â 34 Abs 2 der Satzung der Beklagten. Der Versicherungsschutz kraft Satzung umfasse auch private Tätigkeiten im Gemeinwohlinteresse. Ihr Handeln sei auf die Kerntätigkeit des Chores, dem Singen in der Öffentlichkeit, ausgerichtet gewesen. Für die Annahme der Ehrenamtlichkeit genüge Unentgeltlichkeit; der Bezug zu einem âAmtâ der öffentlichen Hand sei nicht erforderlich.

5

Die Klägerin beantragt,

das Urteil des Landessozialgerichts Sachsen-Anhalt vom 24. September 2020 aufzuheben und die Berufung der Beklagten gegen das Urteil des Sozialgerichts Halle vom 7. November 2019 zurückzuweisen,

hilfsweise,

den Bescheid der Beigeladenen vom 25. Januar 2018 aufzuheben und festzustellen, dass das Ereignis vom 3. Dezember 2016 ein Arbeitsunfall ist.

6

Die Beklagte, die dem angefochtenen Urteil beipflichtet, beantragt,

die Revision der Klägerin zurückzuweisen.

7

Die Beigeladene beantragt,

die Revision der Klägerin zurückzuweisen.

8

Eine versicherte ehrenamtliche Tätigkeit für eine öffentlich-rechtliche

---

Relionsgemeinschaft mÃ¼sse dem Hauptzweck und dem Aufgaben und Verantwortungskreis der Religionsgemeinschaft zuzuordnen sein (zB liturgische Handlungen, VerkÃ¼ndung, Pflege der Glaubenslehre). Weihnachtskonzerte ohne weitere kirchlich-religiÃ¶se Rahmenhandlung gehÃ¶rten nicht dazu. Es sei auch keine mittelbare ehrenamtliche TÃ¤tigkeit als Chormitglied fÃ¼r die evangelische Kirche anzunehmen, weil sie weder einen Auftrag, eine ausdrÃ¼ckliche Einwilligung noch eine schriftliche Genehmigung erteilt habe.

II

9

Die Revision ist zulÃ¤ssig (dazu A.), im Rahmen des Hauptantrags unbegrÃ¼ndet ([Ã§ 170 Abs 1 Satz 1 SGG](#); dazu B.) und im Sinne des Hilfsantrags begrÃ¼ndet ([Ã§ 170 Abs 2 Satz 1 SGG](#); dazu C.).

10

A. Das LSG hat die Revision unbeschrÃ¤nkt zugelassen und sie nicht auf das StreitverhÃ¤ltnis zwischen der KlÃ¤gerin und der Beklagten begrenzt. Soweit es am Ende der EntscheidungsgrÃ¼nde zur Zulassung der Revision wegen grundsÃ¤tzlicher Bedeutung der Sache auf die Satzung der Beklagten und auf nahezu identische Regelungen anderer Unfallkassen hinweist, nennt es lediglich eine BegrÃ¼ndung fÃ¼r die Revisionszulassung, ohne sie dadurch auf tatsÃ¤chlich oder rechtlich selbstÃ¤ndige und abtrennbare Teile des Gesamtstreitstoffs zu beschrÃ¤nken (vgl dazu Karmanski in Roos/Wahrendorf/MÃ¼ller, BeckOGK SGG, 2. Aufl 2021, [Ã§ 160 RdNr 22 f mwN](#)).

11

Mit Blick auf den Hilfsantrag liegt keine erweiternde KlageÃ¤nderung ([Ã§ 99 SGG](#)) vor, die nach [Ã§ 168 Satz 1 SGG](#) im Revisionsverfahren unzulÃ¤ssig wÃ¤re. Denn die KlÃ¤gerin hat bereits im Berufungsverfahren hilfsweise begehrt, die Ablehnungsentscheidung im Bescheid der Beigeladenen vom 25.1.2018 aufzuheben und zu deren Lasten festzustellen, dass das Ereignis vom 3.12.2016 ein Arbeitsunfall ist. Zwar hat sie mit ihrem ausdrÃ¼cklich gestellten Antrag, die Berufung zurÃ¼ckzuweisen, vorrangig die gerichtliche Feststellung eines Arbeitsunfalls gegenÃ¼ber der Beklagten im erstinstanzlichen Urteil aufrechterhalten wollen. Zugleich hat sie aber hilfsweise auch die gerichtliche Feststellung zu Lasten der notwendig Beigeladenen ([Ã§ 75 Abs 2 Alt 2 SGG](#)) begehrt, wie [Ã§ 75 Abs 5 SGG](#) unterstellt, wenn einer Verurteilung des Beigeladenen nicht ausdrÃ¼cklich widersprochen wird (dazu Senatsurteil vom 30.1.1985 [2 RU 69/83](#) [SozR 1500 Ã§ 168 Nr 3](#) = juris RdNr 21; BSG Urteile vom 2.11.2000 [B 11 AL 25/00 R](#) juris RdNr 25, vom 30.6.1964 [3 RK 7/61](#) [SozR Nr 26 zu Ã§ 75 SGG](#) und vom 15.1.1959 [4 RJ 111/57](#) [BSGE 9, 67, 70](#) = [SozR Nr 8 zu Ã§ 1 FremdRG](#)). Ausweislich der EntscheidungsgrÃ¼nde des angefochtenen Berufungsurteils hat das LSG Ã¼ber dieses Begehren (mit)entschieden. Folglich sind mit der Revisionseinlegung sowohl Haupt- als auch Hilfsantrag in die Revisionsinstanz gelangt.

12

---

B. Die Revision ist, soweit sie gegen die Beklagte gerichtet ist, unbegründet und zurückzuweisen ([Â§ 170 Abs 1 Satz 1 SGG](#)). Zu Recht hat das LSG das zusprechende Urteil des SG aufgehoben und die kombinierte Anfechtungs und Feststellungsklage ([Â§ 54 Abs 1 Satz 1 Var 1](#), [Â§ 55 Abs 1 Nr 1](#), [Â§ 56 SGG](#)) gegen die Beklagte abgewiesen, weil ihre Ablehnungsentscheidung in dem Bescheid vom 1.3.2018 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 20.6.2018 ([Â§ 95 SGG](#)) rechtmäßig ist. Die Klägerin hat keinen Anspruch gegen die Beklagte auf Feststellung, dass der Unfall vom 3.12.2016 ein Arbeitsunfall ist.

13

Arbeitsunfälle sind nach [Â§ 8 Abs 1 Satz 1 SGB VII](#) Unfälle von Versicherten infolge einer den Versicherungsschutz nach [Â§ 2, 3](#) oder [6 SGB VII](#) begründenden Tätigkeit (versicherte Tätigkeit). Versicherte Tätigkeit ist auch das Zurücklegen des mit der versicherten Tätigkeit zusammenhängenden unmittelbaren Weges nach und von dem Ort der Tätigkeit ([Â§ 8 Abs 2 Nr 1 SGB VII](#)). Unfälle sind zeitlich begrenzte, von außen auf den Körper einwirkende Ereignisse, die zu einem Gesundheitsschaden oder zum Tod führen ([Â§ 8 Abs 1 Satz 2 SGB VII](#)). Ein Arbeitsunfall setzt mithin voraus, dass die Verrichtung zur Zeit des Unfalls der versicherten Tätigkeit zuzurechnen ist (innerer oder sachlicher Zusammenhang), sie zu dem zeitlich begrenzten, von außen auf den Körper einwirkenden Ereignis geführt (Unfallkausalität) und dadurch einen Gesundheitsschaden oder den Tod des Versicherten objektiv und rechtlich wesentlich verursacht hat (Unfallkausalität und haftungsbegründende Kausalität; stRspr, BSG zB Urteile vom 28.6.2022 [B 2 U 16/20 R](#) zur Veröffentlichung in BSGE und SozR 4 vorgesehen sowie [B 2 U 8/20 R](#) SozR 42700 [Â§ 2 Nr 58](#), vom 31.3.2022 [B 2 U 5/20 R](#) SozR 42700 [Â§ 8 Nr 79](#), vom 30.1.2020 [B 2 U 20/18 R](#) SozR 42700 [Â§ 8 Nr 74](#) RdNr 9 und [B 2 U 2/18 R](#) BSGE 130, 1 = SozR 42700 [Â§ 8 Nr 70](#), RdNr 20, jeweils mwN). Die Klägerin ist nicht infolge einer Tätigkeit verunglückt, die Versicherungsschutz nach [Â§ 3 Abs 1 Nr 4 SGB VII](#) iVm [Â§ 34 Abs 2 Satz 1](#) der Satzung der Beklagten (vom 9.12.1997, zuletzt idF der 14. Änderung vom 14.12.2021) begründet. Denn nach diesen Vorschriften besteht Unfallversicherungsschutz für ehrenamtlich Tätige und bürgerschaftlich Engagierte nur, soweit diese nicht schon nach [Â§ 2 SGB VII](#) gesetzlich oder freiwillig versichert sind. Die Klägerin ist indes vorrangig nach [Â§ 2 Abs 1 Nr 10 Buchst b SGB VII](#) gesetzlich versichert, weil sie im Unfallzeitpunkt den unmittelbaren Weg nach dem Ort der Tätigkeit mit der objektivierten Handlungstendenz zurücklegte ([Â§ 8 Abs 2 Nr 1 SGB VII](#)), für ihren privat rechtlich organisierten Chor im Einvernehmen mit einer öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaft ehrenamtlich tätig zu werden (dazu sogleich unter C.). Sind Versicherte nach [Â§ 2 Abs 1 Nr 10 Buchst b SGB VII](#) für eine privatrechtliche Organisation ehrenamtlich tätig, der das Ergebnis des Unternehmens (Adventssingen) unmittelbar zum Vor- oder Nachteil gereicht ([Â§ 136 Abs 3 Nr 1 SGB VII](#)), so ist nicht sie, sondern die öffentlich-rechtliche Religionsgemeinschaft Unternehmerin, in deren Auftrag oder mit deren Zustimmung die Tätigkeit erbracht wird ([Â§ 136 Abs 3 Nr 5 SGB VII](#)). Für öffentlich-rechtliche Religionsgemeinschaften ist indes nicht die Beklagte, sondern die Beigeladene sachlich zuständig (vgl. [Â§ 3 Abs 1 Abschnitt I Nr 5](#) der

---

Satzung der Beigeladenen, zuletzt idF des 13.Â Nachtrags vom 21.7.2021; vgl ferner [BTDrucks 15/3439, SÂ 5](#)). Da der Hauptantrag, der gegen die Beklagte gerichtet ist, somit erfolglos bleibt, ist die aufschiebende Bedingung fÃ¼r den Hilfsantrag eingetreten (vgl BSG Urteil vom 3.7.1985 Â [3Â RK 13/84](#)Â juris RdNrÂ 8), der sich gegen die Beigeladene wendet.

14

C.Â Die Revision ist begrÃ¼ndet, soweit sie sich hilfsweise gegen die Beigeladene richtet, sodass der Senat insofern in der Sache selbst zu entscheiden hat ([Â§Â 170 AbsÂ 2 SatzÂ 1 SGG](#)). Die kombinierte Anfechtungs- und Feststellungsklage ([Â§Â 54 AbsÂ 1 SatzÂ 1 VarÂ 1, Â§Â 55 AbsÂ 1 NrÂ 1, Â§Â 56 SGG](#)) ist zulÃ¤ssig (dazuÂ I.) und begrÃ¼ndet (dazuÂ II.). Die Ablehnungsentscheidung in dem Bescheid der Beigeladenen vom 25.1.2018 ist rechtswidrig und verletzt die KlÃ¤gerin in ihren Rechten ([Â§Â 54 AbsÂ 2 SatzÂ 1 SGG](#)). Denn sie hat gegenÃ¼ber der Beigeladenen Anspruch auf die gerichtliche Feststellung, dass ihr Verkehrsunfall vom 3.12.2016 ein Arbeitsunfall ist. Sie ist bei dem ZurÃ¼cklegen des mit der versicherten TÃtigkeit als ehrenamtliche ChorsÃngerin zusammenhÃngenden unmittelbaren Weges nach dem Ort der TÃtigkeit verunglÃ¼ckt.

15

I.Â Die kombinierte Anfechtungs- und Feststellungsklage gegen die Beigeladene ist zulÃ¤ssig. Ihr stehen keine von Amts wegen zu beachtenden Verfahrenshindernisse entgegen. Insbesondere ist die Ablehnungsentscheidung im Bescheid der Beigeladenen vom 25.1.2018 nicht bindend geworden ([Â§Â 77 SGG](#)), weil der dagegen gegebene Rechtsbehelf (Widerspruch) eingelegt und noch nicht beschieden ist. Dass das Vorverfahren ([Â§Â 78 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGG](#)) nicht abgeschlossen ist und ruht, ist unschÃdlich (BSG Urteile vom 31.5.1988 Â [2Â RU 67/87](#)Â juris RdNrÂ 17, vom 24.1.2013 Â [BÂ 3Â KR 5/12](#)Â RÂ [BSGE 113, 40](#)Â = SozR 43250 Â§Â 14 NrÂ 19, RdNrÂ 59 und grundlegend vom 4.2.1965 Â [11/1](#)Â RA [312/63](#)Â SozR NrÂ 27 zu [Â§Â 75 SGG](#)). Der Anwendungsbereich des [Â§Â 75 AbsÂ 5 SGG](#) erfasst auch Feststellungsklagen (BSG Urteile vom 30.6.2009 Â [BÂ 2](#)Â U [19/08](#)Â RÂ [SozR 42700 Â§Â 2 NrÂ 13](#) RdNrÂ 16, vom 2.12.2008 Â [BÂ 2](#)Â U [26/06](#)Â RÂ Â [BSGE 102, 111](#) RdNrÂ 13 und vom 8.5.2007 Â [BÂ 2](#)Â U [3/06](#)Â RÂ [SozR 42700 Â§Â 136 NrÂ 3](#) RdNrÂ 26; grundlegend BSG Urteil vom 17.12.1964 Â [3Â RK 65/62](#)Â [BSGE](#)Â 22, 173, 180Â = SozR NrÂ 28 zu [Â§Â 75 SGG](#)). Die vorrangig zu prÃufende Klage gegen die Beklagte hat keinen Erfolg (dazu bereitsÂ B.), und die Klagen, die gegen die Beklagte und die Beigeladene gerichtet sind, verfolgen dasselbe Ziel, nÃmlich die gerichtliche Feststellung des Unfalls vom 3.12.2016 als Arbeitsunfall (vgl zu diesen Voraussetzungen StraÃfeld in Roos/Wahrendorf/MÃller, BeckOGK SGG, 2.Â Aufl 2021, Â§Â 75 RdNrÂ 319Â ff).

16

II.Â Die kombinierte Anfechtungs und Feststellungsklage gegen die Beigeladene ist auch begrÃ¼ndet. Die Ablehnungsentscheidung in dem Bescheid der Beigeladenen vom 25.1.2018 ist aufzuheben und gerichtlich festzustellen, dass der Unfall ([Â§Â 8 AbsÂ 1 SatzÂ 2 SGBÂ VII](#)) der KlÃ¤gerin vom 3.12.2016 ein Arbeitsunfall in Form des Wegeunfalls ([Â§Â 8 AbsÂ 1 SatzÂ 1](#) iVm AbsÂ 2 NrÂ 1Â SGBÂ VII) ist. Das LSG hat bindend ([Â§Â 163 SGG](#)) festgestellt, dass sie im Unfallzeitpunkt den unmittelbaren

---

Weg zu den Räumlichkeiten der evangelischen Kirchengemeinde objektiv zurücklegte, ihre Handlungstendenz darauf auch subjektiv ausgerichtet hatte und diesen Zielort aufsuchen wollte, um dort als Chorsängerin für den privatrechtlich organisierten Frauenchor im Rahmen des Adventssingens mit Einwilligung der evangelischen Kirche als einer öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaft ehrenamtlich aufzutreten.

17

Hätte die Klägerin den Zielort erreicht, dann hätte die beabsichtigte Ehrenamtstätigkeit unter Versicherungsschutz nach [Â§ 2 Abs 1 Nr 10 Buchst b SGB VII](#) in der seit dem 1.1.2005 geltenden Fassung des Gesetzes zur Verbesserung des unfallversicherungsrechtlichen Schutzes bergerschaftlich Engagierter und weiterer Personen (UVSchVerbG) vom 9.12.2004 ([BGBl I 3299](#)) gestanden. Nach dieser Vorschrift sind kraft Gesetzes Personen versichert, die für öffentlich-rechtliche Religionsgemeinschaften und deren Einrichtungen oder für privatrechtliche Organisationen im Auftrag oder mit ausdrücklicher Einwilligung, in besonderen Fällen mit schriftlicher Genehmigung von öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften ehrenamtlich tätig sind oder an Ausbildungsveranstaltungen für diese Tätigkeit teilnehmen. Soweit dies hier von Belang ist, setzt der Versicherungstatbestand einerseits voraus, dass die verletzte Person mit ihrer ehrenamtlichen Verrichtung dem Unternehmen ([Â§ 121 Abs 1 Satz 1 SGB VII](#)) der privatrechtlichen Organisation dient und erfordert andererseits, dass die privatrechtliche Organisation ihr Unternehmen mit ausdrücklicher Einwilligung einer öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaft (der Unternehmerin, [Â§ 136 Abs 3 Nr 5 SGB VII](#)) durchführt. Diese Voraussetzungen sind erfüllt. Nach den bindenden Feststellungen des LSG ([Â§ 163 SGG](#)) war der Frauenchor eine „privatrechtliche Organisation“ (dazu 1.). Die objektivierte Handlungstendenz der Klägerin (dazu 2.) war darauf gerichtet, das Adventskonzert (Unternehmen) des Amateurchores mit ihrer Stimme (dem Singen als „Verrichtung“) ehrenamtlich zu fördern (dazu 3.). Das Adventskonzert fand im Einvernehmen mit dem Gemeindepfarrer als Vertreter der evangelischen Kirchengemeinde statt, die ihrerseits Teil einer öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaft ist (dazu 4.).

18

1. Der Frauenchor L war unabhängig von seiner organschaftlichen Verfassung und juristischen Ausgestaltung (vgl dazu Butzer in Festschrift für Scharf, 2008, 119, 131; Wietfeld in BeckOK SozR, SGB VII, Â§ 2 RdNr 130, Stand 1.9.2022) eine Organisation Privater nach privatem Recht.

19

2. Die Klägerin wollte fremdnützig für diese privatrechtliche Organisation als Chorsängerin tätig werden und ihren Beitrag zum Erfolg des Adventskonzerts leisten. Maßgebend für die Beurteilung, ob eine konkrete Verrichtung einem bestimmten Unternehmen dient, ist die objektivierte Handlungstendenz des Versicherten (vgl BSG Urteile vom 30.1.2020 [BÄ 2Ä U 2/18Ä RÄ BSGE 130.Ä 1](#) = SozR 42700 [Â§ 8 Nr 70](#), RdNr 27 und [BÄ 2Ä U 20/18Ä RÄ](#) SozR 42700 [Â§ 8 Nr 74](#) RdNr 16; jeweils mwN), was bedeutet, dass

---

das objektiv beobachtbare Handeln subjektiv "zumindest auch" auf die Erf"ullung des Tatbestands der jeweils versicherten T"tigkeit gerichtet sein muss. Die subjektive Handlungstendenz als von den Tatsachengerichten festzustellende innere Tatsache muss sich mithin im "u"eren Verhalten des Handelnden (Verrichtung) widerspiegeln, so wie es objektiv beobachtbar ist (vgl BSG Urteile vom 30.1.2020 [B" 2" U 2/18" R" BSGE 130.1](#) = SozR 42700 " 8 Nr" 70, RdNr" 27 und [B" 2" U 20/18" R" SozR 4-2700 " 8 Nr" 74 RdNr" 16](#), vom 31.8.2017 [B" 2" U 2/16" R" SozR 42700 " 8 Nr" 61 RdNr" 19](#) sowie vom 17.12.2015 [B" 2" U 8/14" R" SozR 42700 " 8 Nr" 55 RdNr" 14](#); jeweils mwN). Nach den bindenden Feststellungen des LSG ([" 163 SGG](#)) wollte "die Kl"gerin" allein f"r den Chor t"tig" werden, dessen Mitglied sie war, dh sie wollte mit ihrer Singstimme zum Gelingen des Adventskonzerts beitragen, das der Frauenchor in den R"umlichkeiten der evangelischen Kirchengemeinde darbieten sollte. Dass sie mit dieser subjektiven Handlungstendenz unterwegs gewesen ist, l"sst sich auch daraus schliefen und damit objektivieren, dass sie in ihrem Pkw, mit dem sie verungl"ckte, zwei weitere Chormitglieder zum Adventskonzert bef"rderte. Insofern hatte die Kl"gerin eine doppelte unternehmensdienliche Handlungstendenz: Sie wollte den Kirchengemeindesaal selbst erreichen und zwei weitere Chormitglieder dorthin transportieren.

20

3. Das Engagement der Kl"gerin f"r den L" Frauenchor ist nach ihrem Gesamtbild dem Typus der ehrenamtlichen T"tigkeit zuzuordnen (vgl Schlegel in Schulin, Handbuch des Sozialversicherungsrechts, Band 2, Unfallversicherungsrecht, 1996, " 17 RdNr" 106). Zum Gepr"ge (Typuskern) jeder ehrenamtlichen T"tigkeit geh"rt, dass sie unentgeltlich ausge"bt wird und immateriellen Werten, ideellen Zwecken oder dem Gemeinwohl dient (vgl BSG Urteile vom 27.4.2021 [B" 12" KR 25/19" R" BSGE 132. 97](#) = SozR 42400 " 7 Nr" 55, RdNr" 27" ff und [B" 12" R 8/20" R" SozR 42400 " 7 Nr" 56 RdNr" 29" ff](#), vom 23.2.2021 [B" 12" R 15/19" R" BSGE 131, 266](#) = SozR 42400 " 7 Nr" 54, RdNr" 30" ff, vom 16.8.2017 [B" 12" KR 14/16" R" BSGE 124. 37](#) = SozR 42400 " 7 Nr" 31, RdNr" 29" ff sowie vom 28.6.2000 [B" 6" KA 64/98" R" BSGE 86. 203](#), 211" = [SozR 32500 " 80 Nr" 4](#) S" 37). Neben diesen unverzichtbaren Merkmalen existieren weitere, im Einzelfall verzichtbare Merkmale, die f"r sich genommen nur die Bedeutung von Anzeichen oder Indizien haben. In diesem Sinne spricht f"r das Vorliegen einer ehrenamtlichen T"tigkeit indiziell, wenn sie "jenseits pflichtiger Ehren"mter" freiwillig aufgenommen und im Rahmen einer gemeinwohlorientierten Organisation erfolgt, die ohne Gewinnerzielungsabsicht Aufgaben erf"llt, die im "ffentlichen Interesse liegen oder gemeinn"tzige, mildt"tige, kirchliche oder soziale Zwecke f"rdern (vgl dazu auch " 1 Abs" 1 der Verordnung "ber die ehrenamtliche Bet"tigung von Arbeitslosen vom 24.5.2002, [BGBl" I 1783](#), idF des Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt vom 20.12.2011, [BGBl" I 2854](#); s" auch Molkenstin, BG" 2006, 17, " 26). Ma"geblich ist das durch eine wertende Betrachtung gewonnene Gesamtbild (vgl BVerfG Beschl"sse vom 13.4.2017 [2" BvL 6/13" BVerfGE 145, 171](#) RdNr" 65 und vom 20.5.1996 [1" BvR 21/96" SozR" 32400 " 7 Nr" 11](#); BSG Urteile vom 6.9.2018 [B" 2" U 18/17" R" SozR 42700 " 2 Nr" 47 RdNr" 16](#), vom 28.6.2022 [B" 12" R 3/20" R" SozR" 4](#)

---

=Ä juris RdNrÄ 12, vom 19.10.2021 Ä [BÄ 12Ä KR 29/19Ä RÄ](#) BSGE 133, 49Ä = SozR 42400 Ä§Ä 7 NrÄ 62, RdNrÄ 12, vom 7.6.2019 Ä [BÄ 12Ä R 6/18Ä RÄ](#) [BSGE 128, 205](#) Ä = SozR 42400 Ä§Ä 7 NrÄ 44 RdNrÄ 13Ä ff mwN und vom 9.5.2012 Ä [BÄ 5Ä R 68/11Ä RÄ](#) SozR 42600 Ä§Ä 43 NrÄ 18 RdNrÄ 29).

21

Der Typusbegriff der ehrenamtlichen TÄxtigkeit ist Ä entsprechend dem allgemeinen SprachgebrauchÄ weit zu verstehen, wie die Auslegung anhand der anerkannten Methoden der Gesetzesinterpretation nach dem Wortlaut der Norm (dazu insbesondereÄ a), dem systematischen Zusammenhang (dazu insbesondereÄ b), der Entstehungsgeschichte (dazu insbesondereÄ c) sowie ihrem Sinn und Zweck (dazu insbesondereÄ d) ergibt. Mit ihnen ist der in der Norm zum Ausdruck kommende objektivierte Wille des Gesetzgebers zu ermitteln, wie er sich aus dem Wortlaut der Vorschrift und dem Sinnzusammenhang ergibt, in den sie hineingestellt ist (stRspr, BVerfG Urteile vom 19.3.2013 Ä [2Ä BvR 2628/10Ä uaÄ](#) [BVerfGE 133, 168](#) RdNrÄ 66 und vom 20.3.2002 Ä [2Ä BvR 794/95Ä](#) [BVerfGE 105, 135](#), 157 sowie BeschlÄ¼sse vom 26.8.2014 Ä [2Ä BvR 2400/13Ä](#) NJW 2014, 3505 RdNrÄ 15 und vom 17.5.1960 Ä [2Ä BvL 11/59Ä](#) uaÄ [BVerfGEÄ 11, 126](#), 130Ä f; BSG Urteile vom 7.5.2019 Ä [BÄ 2Ä U 27/17Ä RÄ](#) [BSGE 128, 92Ä](#) = SozR 42700 Ä§Ä 67 NrÄ 1, RdNrÄ 11, vom 23.5.2017 Ä [BÄ 1Ä KR 24/16Ä RÄ](#) SozR 42500 Ä§Ä 301 NrÄ 8 RdNrÄ 14 und vom 15.12.2016 Ä [BÄ 5Ä RE 2/16Ä RÄ](#) SozR 42600 Ä§Ä 3 NrÄ 7 RdNrÄ 29).

22

a)Ä Die Bezeichnung äehrentamtliche TÄxtigkeitä impliziert bereits, dass sie äder Ehre wegenä und damit ohne Gegenleistung verrichtet wird (Butzer in Festschrift fÄ¼r Scharf, 2008, 119, 131; sÄ auch BSG Urteil vom 28.6.2000 Ä [BÄ 6Ä KA 64/98Ä RÄ](#) [BSGEÄ 86, 203](#), 211Ä = [SozR 32500 Ä§Ä 80 NrÄ 4](#) SÄ 37). Sie ist daher zwingend unentgeltlich zu erbringen (BSG Urteile vom 7.9.2004 Ä [BÄ 2Ä U 45/03Ä RÄ](#) [SozR 42700 Ä§Ä 2 NrÄ 2](#) RdNrÄ 8, vom 10.10.2002 Ä [BÄ 2Ä U 14/02Ä RÄ](#) juris RdNrÄ 23, vom 27.6.1991 Ä [2Ä RU 26/90Ä](#) [SozR 32200 Ä§Ä 539 NrÄ 11](#) SÄ 43, vom 27.4.1972 Ä [2Ä RU 14/69Ä](#) [BSGEÄ 34, 163](#), 165Ä = SozR NrÄ 28 zu [Ä§Ä 539 RVO](#) und vom 19.8.1975 Ä [8Ä RU 234/74Ä](#) [BSGEÄ 40, 139](#), 141Ä = SozR 2200 Ä§Ä 539 NrÄ 10). Das folgt bereits aus [Ä§Ä 2 AbsÄ 1 NrÄ 9](#) undÄ 12 SGBÄ VII, wonach Personen kraft Gesetzes versichert sind, die äunentgeltlich, insbesondere ehrenamtlichÄ ätÄxtig sindä. Unentgeltlich arbeitet, wer keine VergÄ¼tung erhÄ¼lt (BSG Urteil vom 7.9.2004 Ä [BÄ 2Ä U 45/03Ä RÄ](#) [SozR 42700 Ä§Ä 2 NrÄ 2](#) RdNrÄ 8; zur ZulÄ¼ssigkeit von AufwandsentschÄ¼digungen und Auslagenersatz vgl BSG Urteile vom 18.12.1974 Ä [2/8Ä RU 34/73Ä](#) [BSGEÄ 39, 24](#),Ä 29 =Ä SozR 2200 Ä§Ä 539 NrÄ 4 SÄ 8, vom 26.10.1983 Ä [9bÄ RU 16/82Ä](#) [SozR 2200 Ä§Ä 539 NrÄ 95](#) SÄ 257 und vom 19.8.1975 Ä [8Ä RU 234/74Ä](#) [BSGEÄ 40, 139](#), 141Ä = SozR 2200 Ä§Ä 539 NrÄ 10 SÄ 17Ä f). Daneben lÄ¼sst sich dem Gesetzeswortlaut auch entnehmen, dass die ehrenamtliche TÄxtigkeit nur ein Sonderfall der unentgeltlichen ist, mithin nicht jede unentgeltliche TÄxtigkeit eine ehrenamtliche ist (BSG Urteile vom 27.6.1991 Ä [2Ä RU 26/90Ä](#) [SozR 32200 Ä§Ä 539 NrÄ 11](#) SÄ 43 und vom 27.4.1972 Ä [2Ä RU 14/69Ä](#) [BSGEÄ 34, 163](#), 165Ä = SozR NrÄ 28 zu [Ä§Ä 539 RVO](#)). Sie setzt daher Ä dem Ehrbegriff entsprechendÄ zusÄ¼tzlich die (tendenziell selbstlos-altruistische) FÄ¼rderung des gemeinen Wohls, immaterieller

---

Werte oder die Verfolgung ideeller Ziele voraus (BSG Urteile vom 27.4.2021 [Ä BÄ 12Ä KR 25/19Ä RÄ BSGE 132, 97Ä](#) = SozR 42400 Ä§Ä 7 NrÄ 55, RdNrÄ 27Ä ff und [Ä BÄ 12Ä R 8/20Ä RÄ](#) SozR 42400 Ä§Ä 7 NrÄ 56 RdNrÄ 29Ä ff, vom 23.2.2021 [Ä BÄ 12Ä R 15/19Ä RÄ](#) BSGE 131, 266Ä = SozR 42400 Ä§Ä 7 NrÄ 54, RdNrÄ 30Ä ff, vom 16.8.2017 [Ä BÄ 12Ä KR 14/16Ä RÄ BSGE 124, 37Ä](#) = SozR 42400 Ä§Ä 7 NrÄ 31, RdNrÄ 29Ä ff sowie vom 28.6.2000 [Ä BÄ 6Ä KA 64/98Ä RÄ BSGEÄ 86, 203, 211Ä](#) = [SozR 32500 Ä§Ä 80 NrÄ 4](#) SÄ 37), ohne dabei selbstbezogene oder eigennÄ¼tzige Motive auszuschlieÄ¼en. Im Gegensatz zum Ä¼¼EhrenamtÄ¼¼, das stÄ¼rker formalisierte, in Regeln eingebundene und dauerhafte Formen des Engagements bezeichnet (dazu Bericht der Enquete-Kommission Ä¼¼Zukunft des BÄ¼rgerschaftlichen EngagementsÄ¼¼, [BTDrucks 14/8900 SÄ 32](#)), ist der Begriff der Ä¼¼ehrentamtlichen TÄ¼tigkeitÄ¼¼ weiter gefasst, weil es genÄ¼gt, sie gelegentlich, vorÄ¼bergehend oder sogar nur einmal auszuÄ¼ben (BSG Urteile vom 27.6.1991 [Ä 2Ä RU 26/90Ä SozR 32200 Ä§Ä 539 NrÄ 11](#) SÄ 43 und vom 26.10.1983 [Ä 9bÄ RU 16/82Ä SozR 2200 Ä§Ä 539 NrÄ 95Ä](#) = juris RdNrÄ 13Ä ff). Dass sie auch aus persÄ¼nlichen Motiven (Freude, Leidenschaft, Hobby, Gewinn von Erfahrungen, Entwicklung neuer FÄ¼higkeiten, Darstellung des eigenen Engagements) wahrgenommen wird, ist Grundlage jeder ehrenamtlichen TÄ¼tigkeit und steht dem Versicherungsschutz nicht entgegen (vgl auch Schlegel in KÄ¼ttner, Personalbuch 2022, Arbeitnehmer RdNrÄ 68).

23

Die KlÄ¼gerin Ä¼bte ihre TÄ¼tigkeit als ChorsÄ¼ngerin nach den bindenden Feststellungen der Vorinstanz freiwillig und unentgeltlich aus. Sie fÄ¼rderte mit ihrer Singstimme den Chorgesang, der seit 2014 im bundesweiten Verzeichnis Ä¼¼Immaterielles KulturerbeÄ¼¼ der Deutschen UNESCO KommissionÄ¼ eV (3.Ä¼ Aufl 2019, SÄ 28, abrufbar unter <https://www.unesco.de/publikationen?page=13#row-417>) unter der Rubrik Ä¼¼Chormusik in AmateurchÄ¼renÄ¼¼ aufgefÄ¼hrt ist. Ihr Auftritt sollte dieses immaterielle Kulturerbe fÄ¼rdern und dem Gemeinwohl dienen. Dementsprechend hatte der Frauenchor als Vereinszweck die Ä¼¼Pflege des Liedgutes und des ChorgesangesÄ¼¼ in seine Satzung aufgenommen, wie dies die amtliche Mustersatzung gemÄ¼Ä¼ AnlageÄ¼ 1 zu [Ä§Ä 60Ä AO](#) fÄ¼r steuerbegÄ¼nstigte KÄ¼rperschaften empfiehlt, die ausschlie¼lich und unmittelbar gemeinnÄ¼tzige Zwecke verfolgen. Diesem Zweck entsprach der geplante Auftritt bei der evangelischen Kirchengemeinde nach den Feststellungen des LSG, sodass die KlÄ¼gerin als Mitwirkende objektiv dem Gemeinwohl dienen wollte. Ihre TÄ¼tigkeit war damit in den Frauenchor als einem Verein eingebunden, der nach den Feststellungen der Vorinstanz ohne Gewinnerzielungsabsicht Aufgaben ausfÄ¼hrte, die gemeinnÄ¼tzig im Sinne der FÄ¼rderung von Kunst und Kultur ([Ä§Ä 52 AbsÄ¼ 2 SatzÄ¼ 1 NrÄ 5 AO](#)) waren.

24

Soweit der zusammengesetzte Begriff der ehrenÄ¼¼amtlichenÄ¼¼ TÄ¼tigkeit die AusÄ¼bung eines konkret-funktionalen Ä¼¼AmtesÄ¼¼ im Sinne der Ä¼¼bertragung eines bestimmten Aufgabenbereichs oder Pflichtenkreises an einen Ä¼¼AmtswalterÄ¼¼ nahelegt (so frÄ¼her BSG Urteile vom 18.12.1974 [Ä 2/8Ä RU 34/73Ä BSGEÄ 39,Ä 24](#), 27Ä f = SozR 2200 Ä§Ä 539 NrÄ 4 und vom 27.4.1972

---

Â [2Â RU 14/69](#)Â [BSGEÂ 34, 163](#)Â = SozR NrÂ 28 zu [Â§Â 539 RVO](#)), sind die Anforderungen an den aufgabenmÃ¤Ãig-organisatorischen Rahmen und an den Status als âEhrenamtstrÃ¤gerâ zumindest seit dem Inkrafttreten des UVSchVerbG vom 9.12.2004 ([BGBIÂ I 3299](#)) zum 1.1.2005 stark reduziert (vgl auch Butzer in Festschrift fÃ¼r Scharf, 2008, 119, 134). Denn im Rahmen gemeinnÃ¼tziger, privatrechtlicher Organisationen rÃ¤umt [Â§Â 6 AbsÂ 1 NrÂ 3 SGBÂ VII](#) idF des UVSchVerbG gewÃ¤hlten EhrenamtstrÃ¤gern, âdie durch ihre Wahl ein durch Satzung vorgesehenes offizielles Amt bekleiden und daher in besonderer Weise Verantwortung Ã¼bernehmenâ ([BTDrucks 15/3439](#),Â 6), seit dem 1.1.2005 die MÃglichkeit der freiwilligen Versicherung ein. Damit ist zugleich klargestellt, dass die ehrenamtliche TÃtigkeit nicht mit der Bekleidung von âÃmternâ im herkÃ¶mmlichen Sinne einhergehen muss, die in privatrechtlichen Organisationen Â abgesehen von den Organen (Vorstand, GeschÃftsverwaltung usw)Â ohnehin nicht zu vergeben sind. Hinreichend ist vielmehr das Besorgen eines Kreises von GeschÃften, das arbeitsteilige Mitwirken in einer gemeinwohlorientierten Einrichtung, die Betreuung eines klar beschrÃ¤nkten, vorher festgelegten Aufgabenbereichs oder die Ãbernahme bestimmter Pflichten, die der ehrenamtlich TÃtige verantwortlich wahrzunehmen hat (BSG Urteile vom 18.12.1974 Â [2/8Â RU 34/73](#)Â [BSGEÂ 39, 24](#)Â = SozR 2200 Â§Â 539 NrÂ 4 und vom 27.4.1972 Â [2Â RU 14/69](#)Â [BSGEÂ 34, 163](#)Â = SozR NrÂ 28 zu [Â§Â 539 RVO](#), vom 19.8.1975 Â [8Â RU 234/74](#)Â [BSGEÂ 40, 139](#)Â = SozR 2200 Â§Â 539 NrÂ 10). Insofern genÃ¼gte es, dass sich die KlÃ¤gerin mitgliedschaftlich verpflichtet hatte, an den Veranstaltungen, Auftritten und Darbietungen des Amateurchores in der Stimmgruppe mitzuwirken, die ihr die Chorleiterin jeweils zugewiesen hatte und am Unfalltag zugleich die Aufgabe Ã¼bernommen hatte, mit ihrem Pkw zwei weitere Chormitglieder zum Adventskonzert zu befÃ¶rdern. Da sie insofern Verantwortung und Pflichten Ã¼bernommen und sich mit ihrer Vereinsmitgliedschaft formell an den Chor gebunden hatte, liegt kein informelles, selbstbestimmtes und bindungsloses Handeln aus freien StÃ¼cken fÃ¼r ein bestimmtes Thema oder Anliegen vor, das nicht mehr als ehrenâamtlicheâ TÃtigkeit bezeichnet werden kÃ¶nnte, sondern als bloÃes âfreiwilliges Engagementâ oder reine âFreiwilligenarbeitâ unversichert wÃ¤re. Deshalb trifft der Einwand nicht zu, bei weiter Auslegung sei praktisch jedes fremdnÃ¼tzige, unentgeltliche Engagement in gesellschaftlich relevanten Bereichen als ehrenamtliche TÃtigkeit unfallversichert.

25

b)Â Auch bei systematisch-typologischer Betrachtung ist der geplante Auftritt der KlÃ¤gerin als ChorsÃ¤ngerin im Rahmen des Adventskonzerts nach seinem Gesamtbild der ehrenamtlichen TÃtigkeit zuzuordnen. Die Typusmerkmale der alternativ in Betracht zu ziehenden BeschÃftigung ([Â§Â 2 AbsÂ 1 NrÂ 1 SGBÂ VI](#) iVm [Â§Â 1 AbsÂ 1 SatzÂ 1](#), [Â§Â 7 SGBÂ IV](#)), Wie-BeschÃftigung ([Â§Â 2 AbsÂ 2 SatzÂ 1 SGBÂ VII](#)), eines Freiwilligendienstes ([Â§Â 2 AbsÂ 1a](#), [AbsÂ 3 SatzÂ 1 NrÂ 2 BuchstÂ b](#) undÂ c SGBÂ VII) oder des bÃ¼rgerschaftlichen Engagements ([Â§Â 3 AbsÂ 1 NrÂ 4 SGBÂ VII](#)) liegen nicht vor, wie das LSG zu Recht angenommen hat. Denn ehrenamtliche TÃtigkeiten werden Â anders als BeschÃftigungen und Wie-BeschÃftigungenÂ typischerweise in ZusammenhÃ¤ngen verrichtet, die dem allgemeinen Erwerbsleben nicht zur VerfÃ¼gung stehen. So liegt der Fall hier. Denn

---

das Singen als Sängerin in einem gemeinnützigen Amateurchor ist dem allgemeinen Arbeits- bzw Erwerbsleben von vornherein nicht zugänglich. Darüber hinaus existiert kein Anhaltspunkt dafür, dass die KI-Sängerin im Rahmen eines Freiwilligendienstes, zB im Bereich „Kultur und Bildung“, für eine dafür anerkannte Einsatz bzw Dienststelle aktiv geworden sein könnte, zumal Freiwillige nach dem Gesetz über den Bundesfreiwilligendienst (Bundesfreiwilligendienstgesetz – BFDG vom 28.4.2011, [BGBl I 687](#)) und dem Gesetz zur Förderung von Jugendfreiwilligendiensten (Jugendfreiwilligendienstegesetz – JFDG vom 16.5.2008, [BGBl I 842](#)) dem Typus der Beschäftigung zuzuordnen sind (vgl BSG Urteil vom 6.10.2020 – [B 2 U 13/19 R](#) – SozR 42700 – § 8 Nr 76 RdNr 11 ff). Für die Annahme eines bürgerschaftlichen Engagements fehlt bereits jeder politisch-partizipative Bezug zur Regelung von Angelegenheiten des Gemeinwesens. Denn bürgerschaftlich Engagierte wirken im Gegensatz zu ehrenamtlich Tätigen typischerweise nicht im Rahmen fester Strukturen (Vereinen, Institutionen oder sonstigen Organisationen) uneigennützig mit, sondern werden eher ungebunden, informell, spontan, in zeitlich begrenzten Projekten, Netzwerken oder Initiativen mit dem Ziel politischer Teilhabe und im Regelfall aus selbstbezogenen bzw eigennützligen Motiven aktiv (vgl dazu Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“, [BT-Drucks 14/8900, S 32](#) ff, 38; Angermaier in juris-PK SGB VII, 3. Aufl 2022, § 3 RdNr 83, Stand 15.1.2022; Bereiter-Hahn/Mehrrens, Gesetzliche Unfallversicherung, Stand März 2022, § 2 Anm 10 b; Igl, SGB 2002, 705, 706).

26

c) Die Entstehungsgeschichte der Norm stützt die extensive Auslegung des Begriffs der ehrenamtlichen Tätigkeit, ohne einer unferlosen Ausdehnung des Versicherungsschutzes Vorschub zu leisten. Denn [§ 2 Abs 1 Nr 10 Buchst b SGB VII](#) erfordert zusätzlich ein Tätigwerden öffentlicher Religionsgemeinschaften und deren Einrichtungen oder für privatrechtliche Organisationen im Auftrag oder mit ausdrücklicher Einwilligung, in besonderen Fällen mit schriftlicher Genehmigung von öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften. Damit ist der Versicherungsschutz ehrenamtlich Engagierter von vornherein auf die Unternehmen bestimmter Organisationen und auf bestimmte Aufgabenfelder bestimmter Unternehmerinnen (öffentlich-rechtlicher Religionsgemeinschaften) begrenzt.

27

Der Versicherungsschutz ehrenamtlich Tätiger geht auf das Gesetz zur Neuregelung des Rechts der gesetzlichen Unfallversicherung (Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetz – UVNG) vom 30.4.1963 ([BGBl I 241](#)) zurück, das mit [§ 538 Abs 1 Nr 13 RVO](#) den Unfallversicherungsschutz von Personen erweiterte, die sich im Interesse der Allgemeinheit ehrenamtlich engagierten ([BTDrucks IV/120, S 52](#)). Die Gerechtigkeit verlange so die Gesetzesänderung (vgl [BTDrucks IV/120, S 49](#) f und [S 52](#)), dass dieser Personenkreis in den Genuss des Versicherungsschutzes gelange und die Allgemeinheit hierfür eintrete. Diese Pflichtversicherung erstreckte das Gesetz zur Einordnung des Rechts der gesetzlichen Unfallversicherung in das SGB

---

(Unfallversicherungs-Einordnungsgesetz<sup>1</sup> UVEG vom 7.8.1996, [BGBI I 1254](#)) auf ehrenamtliche Tätigkeiten für privatrechtliche Zusammenschlüsse öffentlich-rechtlicher Einrichtungen und ehrenamtliche Tätigkeiten zugunsten öffentlich-rechtlicher Religionsgemeinschaften (vgl. [BTDruks 13/2204, SÄ 75](#)). Um das im Rahmen öffentlicher Aufgaben zunehmend an Bedeutung gewinnende ehrenamtliche Engagement zu honorieren und die damit verbundenen Gefährdungsrisiken auszugleichen (vgl. [BTDruks 15/3439, SÄ 1](#)), weitete das UVSchVerbG vom 9.12.2004 ([BGBI I 3299](#)) den Versicherungsschutz für ehrenamtliche Tätigkeiten in diesem Bereich aus. Die Neufassung des [ÄSÄ 2 AbsÄ 1 NrÄ 10 BuchstÄ b SGBÄ VII](#) trug dabei insbesondere der Entwicklung Rechnung, dass auch im kirchlichen Bereich religionsgemeinschaftliche Aufgaben verstärkt durch Ehrenamtliche oder privatrechtliche Organisationen unentgeltlich erfüllt werden, die unmittelbar im Auftrag oder mit Zustimmung einer öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaft tätig werden ([BTDruks 15/3439, SÄ 5](#)). Dabei sollten die vielfältigen und sehr unterschiedlich ausgestalteten Formen ehrenamtlichen Engagements breit erfasst ([BTDruks 15/4051, SÄ 12](#) und [15/3439, SÄ 5](#); vgl. auch Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“, [BTDruks 14/8900, SÄ 69](#)) und sogar eine nachträgliche Zustimmung der Gebietskörperschaft bzw. Religionsgemeinschaft ermöglicht werden (vgl. [BTDruks 15/4051, SÄ 12](#)).

28

d) Dieses weite Verständnis des Ehrenamtsbegriffs entspricht Sinn und Zweck des [ÄSÄ 2 AbsÄ 1 NrÄ 10 BuchstÄ b SGBÄ VII](#) in seiner hier einschlägigen Variante. Danach sollen auch solche Personen kraft Gesetzes unfallversichert sein, die nicht unmittelbar – sondern über eine privatrechtliche Organisation – indirekt mittelbar für öffentlich-rechtliche Religionsgemeinschaften tätig werden. Eine individuelle, personenbezogene Zuordnung der Aufgabe an eine (versicherte) Einzelperson ist damit entbehrlich; stattdessen genügt es für den Versicherungsschutz des Einzelnen, dass die Aufgabe einer privatrechtlichen Organisation zugewiesen ist, ohne dass die öffentlich-rechtliche Religionsgemeinschaft Einfluss darauf nimmt, wer die Gemeinschaftsaufgabe letztlich erfüllt. Es reicht somit aus, dass die privatrechtliche Organisation quasi „vermittelnd“ zwischen die öffentlich-rechtliche Religionsgemeinschaft und den ehrenamtlich Tätigten tritt (Butzer in Festschrift für Scharf, 2008, 119, 130). Die Vorschrift schließt damit eine Versicherungslücke, die die Rechtsprechung des BSG aufgezeigt hatte: Während der früher auch für die gesetzliche Unfallversicherung zuständige 8. Senat des BSG (Urteil vom 19.8.1975 – [8Ä RU 234/74Ä BSGEÄ 40, 139Ä](#) = SozR 2200 – [ÄSÄ 539 NrÄ 10](#); vgl. auch BSG Urteil vom 18.10.1994 – [2Ä RU 15/94Ä SozR 32200 – ÄSÄ 539 NrÄ 31](#)) für Kirchenchormitglieder Versicherungsschutz nach dem früheren [ÄSÄ 539 AbsÄ 1 NrÄ 13 RVO](#) bejahte, verneinte ihn der erkennende 2. Senat des BSG (Urteil vom 27.4.1972 – [2Ä RU 14/69Ä BSGEÄ 34, 163Ä](#) = SozR NrÄ 28 zu [ÄSÄ 539 RVO](#)) in einem nahezu identischen Fall. Beide Chorsänger waren unentgeltlich im Interesse öffentlich-rechtlicher Religionsgemeinschaften tätig, ihnen war der Chorgesang aber nicht individuell, sondern dem Chor als solchem zugewiesen, der die Aufgabe ungeachtet seines ggf. auch wechselnden Mitgliederbestands wahrnahm. Das einzelne Chormitglied nahm an dieser Aufgabenerfüllung nur mittelbar teil,

---

sodass sein Beitrag nach der Senatsrechtsprechung nur als unversicherte Wahrnehmung mitgliedschaftlicher Rechte und Pflichten anzusehen war (vgl. auch BSG Urteil vom 7.12.1976 [8 Å RU 18/76](#) SozR 2200 Å 539 NrÅ 29; näher Schlegel in Schulin, Handbuch des Sozialversicherungsrechts, BandÅ 2, Unfallversicherungsrecht, 1996, Å 17 RdNrÅ 115). Die Schließung dieser Versicherungsücke erfolgte, weil die öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften ihre Aufgaben und Angebote aufgrund des Rückgangs ihres weltlichen und insbesondere geistlichen Personals (Theologen, Ordensleute, Diakonissen) spätestens seit der Jahrtausendwende ohne freiwillig Engagierte nicht mehr aufrechterhalten konnten. Die damit verbundenen Gefährdungsrisiken ehrenamtlich Tätiger erforderten nach Ansicht des Gesetzentwurfs einen solidarischen Schutz, indem der Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung im Sinne einer übergeordneten Kollektivverantwortung auf weitere Personengruppen ausgedehnt werde, zu denen bergerschaftlich Engagierte zählen, die in privatrechtlichen Organisationen im Auftrag oder mit Zustimmung von öffentlich-rechtlichen Institutionen tätig werden ([BTD Drucks 15/3439, SÅ 1](#)). Demgemäß sollte die Neufassung des [Å 2 AbsÅ 1 NrÅ 10 BuchstÅ b SGBÅ VII](#) dem Umstand Rechnung tragen, dass auch im kirchlichen Bereich vielfach eine Ausweitung religionsgemeinschaftlicher Aufgaben stattfindet, bei der eine privatrechtliche Organisation unmittelbar im Auftrag oder mit Zustimmung einer öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaft tätig wird ([BTD Drucks 15/3439, SÅ 5](#)). Auch dies rechtfertigt die weite Auslegung des Ehrenamtsbegriffs im dargestellten Sinne.

29

4. Das Adventskonzert des Frauenchores fand nach den bindenden Feststellungen des LSG anlässlich einer kirchlichen Veranstaltung im Einvernehmen mit dem Gemeindepfarrer als Vertreter der evangelischen Kirchengemeinde statt, die unzweifelhaft Teil einer öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaft war. Bei Erteilung des Einvernehmens handelte der Gemeindepfarrer zumindest aufgrund einer Anscheinsvollmacht (vgl. dazu OLG Hamm Urteil vom 7.10.1993 [2 Å U 82/93](#) Å juris), wenn ihm die Führung der laufenden Geschäfte der Kirchengemeinde nicht ohnehin übertragen war (ArtÅ 23 AbsÅ 2 SatzÅ 3 der Verfassung der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland vom 5.7.2008, ABI SÅ 183). Berücksichtigt man, dass Adventskonzerte in der Weihnachtszeit einen klaren christlich-religiösen Bezug haben, der Pfarrer sein Einvernehmen erteilt hatte, der Auftritt langjähriger Übung entsprach, die Kirchengemeinde die Veranstaltung im Übereinstimmung unter der Rubrik „Kirchliche Nachrichten“ ankündigte und ihre Räumlichkeiten zur Verfügung stellte, so liegt die nach [Å 2 AbsÅ 1 NrÅ 10 BuchstÅ b SGBÅ VII](#) erforderliche ausdrückliche Einwilligung einer öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaft vor. Insbesondere bestehen keine belastbaren Anhaltspunkte für die Annahme, dass die evangelische Kirchengemeinde das Angebot des Chores, ein Adventssingen ehrenamtlich darzubieten, als aufgedrängte Bereicherung verstanden und sich deshalb von der Veranstaltung distanziert haben könnten.

30

Der Versicherungsschutz nach [Å 2 AbsÅ 1 NrÅ 10 BuchstÅ b SGBÅ VII](#) ist nicht auf

---

Tätigkeiten im Kernbereich der Religionsausübung (Liturgie, Diakonie, Verkündigung, Gemeinschaft durch Teilhabe) begrenzt (Bereiter-Hahn/Mehrtens, Gesetzliche Unfallversicherung, Stand März 2022, Â§ 2 Anm 21.15; Butzer in Festschrift für Scharf, 2008, 119, 133; Freudenberg, B+P 2010, 628, 631 f; Leube, ZFSH/SGB 2006, 579; Molkentin, BG 2006, 17, 25; Riebel in Hauck/Noftz, SGB VII, Stand 3. EL 2021, KÂ Â§ 2 RdNr 145a; Schwerdtfeger in Lauterbach, SGB VII, Â§ 2 RdNr 368, Stand Oktober 2016), wie dies die Rechtsprechung zu [Â§ 539 Abs 1 Nr 13 RVO](#) noch gefordert hatte (vgl dazu BSG Urteile vom 8.12.1998 [B 2 U 37/97 R](#) [SozR 32200 Â§ 539 Nr 45](#) und vom 18.12.1974 [2/8 RU 34/73](#) [BSGE 39, 24](#) = [SozR 2200 Â§ 539 Nr 4](#)). Stattdessen bestimmt jede Religionsgemeinschaft selbst, wie weit ihr Aufgabenbereich reicht, welche Angebote sie annimmt und welche Tätigkeiten sie sich zu eigen macht (vgl zum religionsgemeinschaftlichen Selbstbestimmungsrecht nur Art 140 GG iVm Art 137 Abs 3 WRV). Ein solcher [Annahmeakt](#) als Zuordnungsgrund lag hier in der Erteilung des Einvernehmens durch den Gemeindepfarrer. Dagegen hätte die bloße Überlassung von Räumlichkeiten oder anderer sachlicher Mittel allein nicht ausgereicht, um den Versicherungsschutz nach [Â§ 2 Abs 1 Nr 10 Buchst b SGB VII](#) zu begründen.

31

Für den Versicherungsschutz jeder einzelnen Chorsängerin genügte es, dass der Chor als privatrechtliche Organisation mit der Darbietung betraut worden ist, die Kirchengemeinde sich das Adventskonzert durch Ankündigung im [E](#) unter der Rubrik [Kirchliche Nachrichten](#) zu eigen gemacht und einvernehmlich in ihren Aufgabenbereich einbezogen hat. Ob die Klägerin diese Tatumstände kannte, ist unerheblich. Vielmehr reicht es für den individuellen Versicherungsschutz aus, dass die öffentlich-rechtliche Religionsgemeinschaft ihre Einwilligung gegenüber der privatrechtlichen Organisation erteilt hatte (vgl [BTDruks 15/3439 S 5](#); Butzer in Festschrift für Scharf, 2008, 119, 144 f; Lilienfeld in BeckOGK, SGB VII, Stand 1.7.2017, Â§ 2 RdNr 47 f).

32

Da das Adventssingen des privatrechtlich organisierten Frauenchores freiwillig, unentgeltlich und im Interesse des Gemeinwohls im Rahmen einer kirchlichen Veranstaltung realisiert werden sollte, stand der Weg dorthin im inneren Zusammenhang mit dem versicherten Ehrenamt, selbst wenn die Klägerin das Singen in dem Chor vornehmlich aus Freude am Gesang und der Gemeinschaft ausüben wollte. Denn Freude gehört zum Wesen des Ehrenamtes.

33

Die Kostenentscheidung folgt aus [Â§ 183, 193 SGG](#).

Ä

Erstellt am: 18.04.2023

---

Zuletzt verändert am: 21.12.2024